

SITZUNGSVORLAGE

Nr. 23-V-05-0103

(JJ - V - Amt - Nr.)

	Gesamtberich 1370/2007 für				ganisation nach	Art. / Abs.	I der EU-VC	J
Dezernat/e	V/ESWE Verk	cehr						
Bericht 2	zum Beschluss				, *	Nr.	vom	
Erforderli	iche Stellung	nahmen						
⊠ Kämme □ Frauen □ Frauen □ Sonstig	ibeauftragte na ibeauftragte na ges	ch HGIG	d Digitalisieru	ung	☐ Rechtsamt ☐ Umweltamt: ☐ Straßenverke	ehrsbehörde	9	
Beratung				-	(wird von Amt 16 ausg	gefüllt) DL-N		
Kommissio				0	nicht erforderlich		erforderlich	0
Ausländerb				O	nicht erforderlich		erforderlich	0
Kulturbeira	it			0	nicht erforderlich		erforderlich	0
Ortsbeirat				0	nicht erforderlich		erforderlich	O
Seniorenbe	eirat	· ·		•	nicht erforderlich		erforderlich	\circ
Magistrat	Eingangsstempel Büro d. Magistrats			0	Tagesordnung A Umdruck nur für Ma		esordnung B	0
Stadtverord	dnetenversamn	nlung	,	0	nicht erforderlich	* 55	erforderlich	\odot
		4	e R	•	öffentlich	ņio	cht öffentlich	0
		8			wird im Internet / PI	IWi veröffentl	icht	
Anlagen öf	ffentlich	*		Anl	agen nichtöffentlic	ch ,	3	
	.NO Gesamtberio							Ü

A Finanzielle Aus	wirkungen				23-V-05-0103	
	en Entscheidung sin Auswirkungen verbu ungen verbunden (÷	nden	weiter ausfüllen)			
I Aktuelle Prognose E HMS-Ampel	Prognose Zuschussbedarf abs.: in %:					
II Aktuelle Prognose In Investitionscontrolling	vestitionsmanagem	ent Dezernat	altung	Budget verfügte Ausgaben (Ist) abs.: in %:		
III Übersicht finanzielle Es handelt sich um	Auswirkungen der S Mehrkosten		e chnische Um	setzung	,	
Typ Jahr E	dezeichnung	Gesamt- kosten	davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperre, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)	
			1			
Summe einmalige Kosten:						
Bei Bedarf Hinweise I	Erläuterung (max. 1.500) Zeichen)				
	,	š »				
* .						
				*		
·		•				
					. 4	
))						

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z.B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Die gemäß EU-Verordnung Nr. 1370/2007 (zuletzt geändert durch EU-Verordnung 2016/2338) über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße durch die zuständige Behörde des öffentlichen Personennahverkehrs zu erstellenden Gesamtberichte werden vorgelegt und veröffentlicht.

C Beschlussvorschlag

- Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis von den Gesamtberichten der Lokalen Nahverkehrsorganisation der Landeshauptstadt Wiesbaden gemäß EU-Verordnung 1370/2007 für die Jahre 2021 und 2022.
- 2. Der Magistrat / Dezernat V in der Verbindung mit der Lokalen Nahverkehrsorganisation wird gebeten, die Gesamtberichte gemäß Beschlusspunkt 1 auf der Internet-Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden zu veröffentlichen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zum 03.12.2009 ist die Verordnung (EG) 1370/2007 des europäischen Parlamentes und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße in Kraft getreten, die zuletzt am 14.12.2016 durch die Verordnung (EU) 2016/2338 hinsichtlich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste geändert wurde. In Artikel 7 (1) der Verordnung wird ausgeführt, dass jede zuständige Behörde einen jährlichen Gesamtbericht über die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Bus- und Schienenverkehr erstellen muss.

Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Stadtgebiet Wiesbaden ist die Landeshauptstadt Wiesbaden. Zuständige Behörde ist die Lokale Nahverkehrsorganisation.

Sie ist verpflichtet, einmal jährlich einen Gesamtbericht öffentlich zugänglich zu machen, um eine Kontrolle der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zu ermöglichen.

Nach der Veröffentlichung des Berichtes für das Jahr 2020 (Beschluss Nr. 0373 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2022 zur Sitzungsvorlage Nr. 22-V-05-0029), werden mit dieser Sitzungsvorlage die Gesamtberichte der Lokalen Nahverkehrsorganisation der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Jahre 2021 und 2022 zur Kenntnisnahme und Veröffentlichung vorgelegt.

Die Veröffentlichung soll auf der Internet-Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden unter "Leben in Wiesbaden / Verkehr / Verkehrsentwicklung" im sachlogischen Zusammenhang mit dem Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden erfolgen.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden,

. 12, 2023

kowoi Stadtrati